IWP
POLICY
PAPERS

09/2025
N° 3

Parlameter: Methodik und Daten

Dr. Marco Portmann

IWP
Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik
an der Universität Luzern

Inhaltsverzeichnis

1 Was zeigt der Parlameter? 2

2 *Die* Parlamentarier und Parteien unter sich 3
- 2.1 Wie wird die Parteilinie berechnet? . . . 3
- 2.2 Für wie viele Abstimmungen lässt sich eine Parteilinie berechnen? . . . 3
- 2.3 Sind die Übereinstimmungen der Nationalräte mit jenen der Ständeräte vergleichbar? . . . 5
- 2.4 Wie werden Freigeister, Folgsame und Fremdgänger definiert? . . . 5
- 2.5 Welche Zeiträume werden abgebildet? . . . 5

3 *Ich* als Nutzer, *wir* als Bürger – und die Parlamentarier 6
- 3.1 Warum werden parlamentarische Schlussabstimmungen mit Volksabstimmungen verglichen? . . . 6
  - 3.1.1 Warum werden nur Schlussabstimmungen angeschaut? . . . 6
  - 3.1.2 Über vieles stimmt das Volk nicht ab, und zuweilen enthalten sich die Parlamentsmitglieder ihrer Stimme. Ist der Parlameter repräsentativ? . 7
- 3.2 Wie wird die Übereinstimmung zwischen Parlamentariern und Bürgern berechnet? . . . 8
  - 3.2.1 Wie wird die Übereinstimmung für einen oder mehrere Parlamentarier berechnet? . . . 8
  - 3.2.2 Wie wird die Übereinstimmung der Parlamentarier mit dem Benutzer berechnet? . . . 9
  - 3.2.3 Wie wird die Übereinstimmung der Parlamentarier mit unterschiedlichen Wählergruppen berechnet? . . . 10
  - 3.2.4 Wie werden die Positionen der Stimmbürger im Modus *Wir* berechnet? 10
  - 3.2.5 Welcher Zeitraum und welche Parlamentarier wertet der Parlameter in den Modi *Ich* und *Wir* aus? . . . 11
  - 3.2.6 Wann werden keine Ergebnisse angezeigt und wann werden Parlamentarier, Parteien und Abstimmungen nicht berücksichtigt? . . . 11
  - 3.2.7 Welche Abstimmung wird welchem Politikbereich zugeordnet? . . . 11
  - 3.2.8 Wie wurde die Reihenfolge der Abstimmungen im Modus *ich* ausgewählt? . . . 14

4 Was sagen die Übereinstimmung zwischen Parlamentariern, Parteien und Wählern aus? 16

5 Werden die Methodik und Daten auch in der Forschung eingesetzt? 18

6 Datenquellen **21**

Literaturverzeichnis **22**

1 Was zeigt der Parlameter?

Der Parlameter macht das Abstimmungsverhalten der Bundesparlamentarier transparent. Er zeigt, wo Parlamentarier und Parteien im Vergleich zu unterschiedlichen Wählergruppen, Parteilinien und Parlameter-Nutzern politisch stehen. Untersuchungsgegenstand sind die verbindlichen Abstimmungsentscheide der Parlamentarier in ihren jeweiligen Parlamentskammern.

Der Parlameter – drei Fragen in drei Modi:

- **Die** Parlamentarier unter sich: Wie hoch ist die Übereinstimmung zwischen dem Abstimmungsverhalten der Parlamentarier und Parteien und den Parteilinien der grossen Parteien? Die Basis bilden alle elektronisch erfassten Parlamentsabstimmungen.
- **Ich** und die Parlamentarier: Wie hoch ist die Übereinstimmung zwischen *meinem* Abstimmungsverhalten und jenem der Parlamentarier? Die Basis bilden Volksabstimmungsfragen und die dazugehörigen Schlussabstimmungen im Parlament.
- **Wir** und die Parlamentarier: Wie hoch ist die Übereinstimmung zwischen dem Abstimmungsverhalten verschiedener Wählergruppen und demjenigen der Parlamentarier? Die Basis bilden Volksabstimmungsresultate und die entsprechenden Schlussabstimmungen.

Diese Übereinstimmungen sind ein Mass für politische Repräsentation. Der Parlameter bewertet nicht. Er ermöglicht den Benutzern, sich mithilfe zahlreicher Auswertungen ein eigenes Bild vom Verhalten der Parlamentarier und Parteien zu machen.

2 *Die* Parlamentarier und Parteien unter sich

2.1 Wie wird die Parteilinie berechnet?

Für jede Abstimmung wird zunächst die Parteilinie bestimmt. Grundlage sind die abgegebenen Ja-, Nein- und Enthaltungsstimmen. Nicht berücksichtigt werden Nicht-Teilnahmen und Absenzen.

Die Parteilinie entspricht jeweils der Mehrheitsposition der anwesenden Parteimitglieder: Stimmen mehr als 50 % mit Ja, ist Ja die Parteilinie; Entsprechendes gilt für Nein oder Enthaltung. Kommt keine absolute Mehrheit zustande, fällt die Abstimmung für die jeweilige Partei aus der Analyse.

Anschliessend wird berechnet, wie oft die Parlamentarier mit der eigenen und anderen Parteilinie übereinstimmen. Für Auswertungen auf Parteienebene gilt dasselbe Prinzip: Massgebend ist, wie häufig die Mitglieder einer Partei im jeweiligen Rat mit ihrer Parteilinie stimmen.

Parteilinien werden nur für Parteien berechnet, die genügend Mitglieder im Rat haben. Für den Ständerat sind dies die SP, SVP, Mitte und die FDP. Bei kleineren Parteien wie den Grünen, der GLP oder dem MCG entfällt die Berechnung. Im Nationalrat wird auch für die Grünen und die GLP eine Parteilinie berechnet.

Auswertungen erscheinen nur, wenn mindestens zehn Abstimmungen vorliegen (bei thematischen Auswertungen mindestens fünf). Je kürzer der Beobachtungszeitraum, desto stärker schwanken die Werte – etwa in den ersten Sessionstagen. Auch eine Ratspräsidentschaft, während der selten abgestimmt wird, eine Abwesenheiten durch Krankheit, ein Schwangerschaftsurlaub oder berufliche Verpflichtungen können die Aussagekraft mindern.

2.2 Für wie viele Abstimmungen lässt sich eine Parteilinie berechnen?

Parteilinien werden je Partei, Abstimmung und Rat berechnet. Damit eine Parteilinie bestimmt werden kann, braucht es unter allen Parteimitgliedern im Rat, die mit Ja, Nein oder Enthaltung an der Abstimmung teilgenommen haben, eine absolute Mehrheit.

Abbildung 2.1: Anteil Abstimmungen mit berechenbarer Parteilinie nach Partei

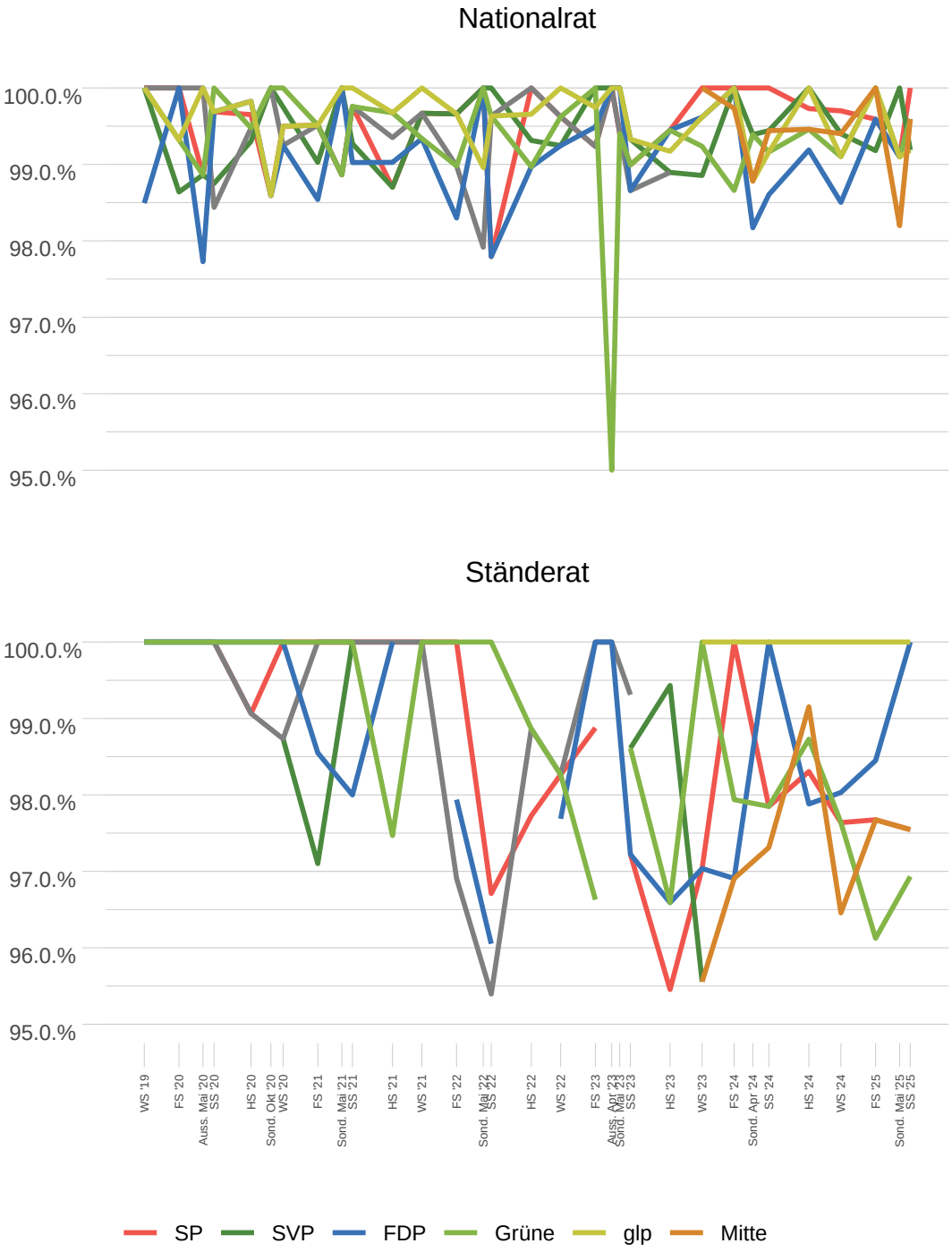

Abbildung 2.1 zeigt, wie häufig sich ausgehend von sämtlichen elektronisch erfassten Abstimmungen je Partei, Rat und Session eine Parteilinie berechnen lässt. Im Nationalrat kann in fast allen Sessionen und für fast alle grossen Parteien in über 98 % der Abstimmungen eine Parteilinie bestimmt werden; im Ständerat liegt der Anteil meist über 96 %.

2.3 Sind die Übereinstimmungen der Nationalräte mit jenen der Ständeräte vergleichbar?

Im Parlameter werden die beiden Räte nicht direkt miteinander verglichen. Zwar behandeln National- und Ständerat dieselben Geschäfte, sie beraten diese aber nicht zwingend gleichzeitig. Zudem unterscheidet sich der Verlauf der Verhandlungen: Welche Abstimmungen stattfinden und elektronisch erfasst werden, folgt in beiden Kammern eigenen Regeln und Abläufen. Darum sind die Resultate nicht systematisch vergleichbar.

2.4 Wie werden Freigeister, Folgsame und Fremdgänger definiert?

Der Parlameter ordnet die Parlamentarier anhand ihrer Parteilinientreue in drei Kategorien ein.

- **Folgsame** stimmen in mindestens 99 % der Fälle mit der eigenen Parteilinie.
- **Freigeister** stimmen in weniger als 90 % der Fälle mit der eigenen Parteilinie, aber immer noch häufiger mit der eigenen Partei als mit einer anderen.
- **Fremdgänger** stimmen häufiger mit der Linie einer anderen Partei als mit jener der eigenen.

2.5 Welche Zeiträume werden abgebildet?

Der Parlameter weist die Übereinstimmungen mit den Parteilinien für die laufende Legislaturperiode oder für die aktuelle Session aus. Im Ständerat haben sich die Publikationsregeln zum elektronischen Abstimmungsverhalten in den letzten Jahren verändert. Daher wird auf die Darstellung längerer Zeitreihen verzichtet.

3 *Ich* als Nutzer, *wir* als Bürger – und die Parlamentarier

3.1 Warum werden parlamentarische Schlussabstimmungen mit Volksabstimmungen verglichen?

- Volksabstimmungen geht oftmals ein intensiver öffentlicher Diskurs voraus. Die Stimmbürger sind vergleichsweise gut informiert über die Abstimmungsfragen (Frey 1994). Demgegenüber haben Umfragen zu politischen Themen für die Teilnehmer oft einen unverbindlichen Charakter. Befragte sind oft wenig über das aktuelle politische Geschehen informiert, wenn Umfragen nicht zeitgleich mit Wahlen und Abstimmungen durchgeführt werden.
- Volksabstimmungen und Schlussabstimmungen sind bindend. Es handelt sich nicht um unverbindliche Versprechungen und Meinungen; das jeweilige Votum hat Konsequenzen (Schneider, Pommerehne und Frey 1981; Cronin 1989; Matsusaka 1992).
- Der Schlussabstimmungstext ist identisch mit jenem der Volksabstimmung. Bürger und Parlamentarier stimmen im gleichen Masse über Nutzen und Kosten, Nebeneffekte und Kleingedrucktes ab (Krehbiel 1993; Portmann, Stadelmann und Eichenberger 2012; Portmann 2014). Diese Genauigkeit fehlt bei Einstellungsfragen, wie sie oft in Meinungsumfragen gestellt werden.
- Der Vergleich von Volksabstimmungen und Schlussabstimmungen orientiert sich an der Sachpolitik und nicht an äusserlichen Merkmalen wie Parteilabel, Geschlecht oder Bildung.

3.1.1 Warum werden nur Schlussabstimmungen angeschaut?

Im Parlament werden von den Kommissionen über die Detailberatung bis zu den Gesamt- und Schlussabstimmungen viele – sehr viele – Abstimmungen durchgeführt. In der Detailberatung werden beispielsweise Formulierungen für Gesetztestexte beraten, die der Stimmbürger kaum zu Gesicht bekommt, geschweige denn darüber entscheidet. Der Parlameter beruht ausschliesslich auf Schlussabstimmungen. Nur diese bieten eine Entscheidungssituation, die den Volksabstimmungen entspricht. In beiden Abstimmungen – jener der Bürger und jener der Parlamentsmitglieder – geht es um die Entscheidung, ob ein neuer Gesetzes- oder Verfassungsentwurf als Ganzes angenommen

oder stattdessen der Status Quo – das bestehende Gesetz oder die bestehende Verfassung – beibehalten werden soll. Verfassungsänderungen durch das Parlament unterliegen dem obligatorischen, Gesetzesänderungen dem fakultativen Referendum. Weniger bekannt ist, dass das Parlament auch Schlussabstimmungen über Volksinitiativen durchführt, obwohl diese nicht vom Parlament ausgehen und vom Parlament letztlich auch nicht verhindert werden könnten. Die Parlamentarier entscheiden, ob sie die Volksinitiativen den Stimmberechtigten zur Annahme oder zur Ablehnung empfehlen.

3.1.2 Über vieles stimmt das Volk nicht ab, und zuweilen enthalten sich die Parlamentsmitglieder ihrer Stimme. Ist der Parlameter repräsentativ?

Rund 20 Prozent der parlamentarischen Schlussabstimmungen werden den Stimmbürgern in Form einer Volksabstimmung zur Bestätigung vorgelegt. Für viele der parlamentarischen Geschäfte fehlt somit die explizite Willensbekundung der Stimmbürger in Form einer Volksabstimmung.

Bisher gibt es keine wissenschaftlichen Studien, die empirisch untersuchen, wie repräsentativ die parlamentarischen Schlussabstimmungen mit anschliessender Volksabstimmung für die Gesamtheit der parlamentarischen Entscheide sind. Bei näherer Betrachtung gibt es gute Gründe für eine hohe Repräsentativität bzw. für eine höhere Repräsentativität, als man sie auf den ersten Blick erwarten könnte.

Erstens ist der Parlameter repräsentativ für Abstimmungen zu Verfassungsänderungen, da diese dem obligatorischen Referendum unterliegen und somit alle vom Parlament beschlossenen Verfassungsänderungen vom Parlameter erfasst werden.

Zweitens sorgen Volksinitiativen dafür, dass auch Vorlagen und Themen in die Bewertung einfliessen, die das Parlament von sich aus nicht aufnehmen wollte. Initiativen bringen Vorlagen in die Bewertung ein, die nicht schon vom Parlament selbst ausgearbeitet wurden.

Drittens sind die Gleichgewichtsmechanismen des politischen Wettbewerbs zu berücksichtigen. In einer direkten Demokratie sind sich die Parlamentarier der ständigen Drohung durch fakultative Referenden und Initiativen bewusst. Verschiedene empirische Untersuchungen belegen, dass dies einen disziplinierenden Effekt hat (Vgl. z.B. Gerber 1996). Die direkte Demokratie führt also dazu, dass die Parlamentarier auch bei Abstimmungen ohne anschliessende Volksabstimmung stärkere Anreize haben, eine bürgernahe Politik zu betreiben. Bei fakultativen Referenden und Initiativen ist es zwar zunächst plausibel anzunehmen, dass sie besonders kontroverse politische Themen aufgreifen. Die Referendums- und Initiativkomitees dürften sich in der Regel ex ante auch Chancen auf einen Erfolg ausrechnen. Allerdings zeigen die Statistiken für die Schweiz, dass die Stimmberechtigten insbesondere bei Initiativen, aber auch bei fakultativen Referenden häufig dem Parlament und nicht den Referendums- und Initiativkomitees folgen. Unterschiede in der Bürgernähe zwischen Parlamentsabstimmungen mit und

ohne nachfolgende Volksabstimmungen können aufgrund dieser Ausführungen natürlich nicht völlig ausgeschlossen werden.

Auch auf der individuellen Ebene der Politiker gibt es aufgrund von Abwesenheiten und Stimmenthaltungen Schlussabstimmungen, die vom Parlament nicht ausgewertet werden können. Die Gründe hierfür sind vielfältig und reichen von beruflicher oder gesundheitlicher Abwesenheit bis hin zur Indifferenz zwischen Zustimmung und Ablehnung in einzelnen Sachfragen. Aber auch strategische Enthaltungen sind nicht auszuschliessen. Diese können auftreten, weil Politiker die Wähler, die Parteiführung oder eine Interessengruppe nicht vor den Kopf stossen wollen. Die Forschung hat gezeigt, dass ein solches strategisches Verhalten insbesondere im Verhältnis zwischen Parteien und Parlamentariern vorkommt (z.B. Benesch, Bütler und Hofer 2018). Wie sich mögliche strategische Enthaltungen auf die Übereinstimmung zwischen Parlamentariern und Bürgern auswirken, muss die weitere Forschung zeigen.

3.2 Wie wird die Übereinstimmung zwischen Parlamentariern und Bürgern berechnet?

3.2.1 Wie wird die Übereinstimmung für einen oder mehrere Parlamentarier berechnet?

Ausgewertet werden alle Schlussabstimmungen, die vom Parlament angenommen und anschliessend dem Stimmbürger in einer Volksabstimmung vorgelegt wurden. In diesen Schlussabstimmungen wird das individuelle Abstimmungsverhalten aller Parlamentarier betrachtet, die mit ja oder nein gestimmt haben.

Die Übereinstimmung eines Parlamentariers mit den Stimmbürgern entspricht der relativen Häufigkeit, mit welcher der Parlamentarier Abstimmungsvorlagen zustimmt (ablehnt), die anschliessend auch die Stimmbürger seines Kantons annehmen (ablehnen). Abbildung 3.1 illustriert dies für einen Parlamentarier und einen Stimmbürger.

Abbildung 3.1: Übereinstimmung für einen einzelnen Parlamentarier

	Stimmbürger/Benutzer	Einzelner Parlamentarier	Übereinstimmung
Gelbe-Socken-Initiative			0 von 1
Gesetz für Gesetzlichkeit			1 von 1
Reform der Beständigkeit			0 von 1
Total			1/3 = 33 %

Legende

stimmt ja

stimmt nein

Übereinstimmung zwischen Parlamentarier und Stimmbürger

Keine Übereinstimmung zwischen Parlamentarier und Stimmbürger

Der Parlameter weist die Übereinstimmungen im Abstimmungsverhalten auch nach Parteien aus. Für jede einzelne Entscheidung eines Parlamentariers wird zunächst festgehalten, ob sie mit jener des Stimmbürgers übereinstimmt. Anschliessend werden diese Übereinstimmungen über alle Parlamentarier einer Partei hinweg aufsummiert und als relative Häufigkeit ausgewiesen. Dabei fliesst nicht jedes Parteimitglied mit gleichem Gewicht in den Parteidurchschnitt ein: Je häufiger ein Parlamentarier an Abstimmungen teilnimmt und sich für Ja oder Nein entscheidet, desto stärker prägt er das Ergebnis seiner Partei.

Die textuellen Auswertungen im Kopfbereich der *Wir*- und *Ich*-Seiten basieren auf einfachen Durchschnittswerten der Resultate, die in der Haupttabelle bzw. Hauptgrafik dargestellt sind. Im Modus *Parlamentarier* entspricht der ausgewiesene Durchschnitt dem ungewichteten Mittelwert der in der Tabelle aufgeführten Übereinstimmungen. Von den Auswertungen im Modus *Parteien* können die Durchschnittswerte im Text abweichen: Zum einen werden dort auch Parlamentarier berücksichtigt, die im Modus *Parlamentarier* aufgrund einer zu geringen Beobachtungszahl nicht angezeigt werden. Zum anderen erhält im Modus *Parteien* nicht jeder Parlamentarier, sondern jede einzelne Entscheidung dasselbe Gewicht.

Abbildung 3.2: Übereinstimmung für mehrere Parlamentarier

	Stimmbürger/Benutzer	Mehrere Parlamentarier	Übereinstimmung
Gelbe-Socken-Initiative			2 von 3
Gesetz für Gesetzlichkeit			1 von 3
Reform der Beständigkeit			1 von 3
Total			4/9 = 44 %

Legende

stimmt ja — Übereinstimmung zwischen Parlamentarier und Stimmbürger

stimmt nein — Keine Übereinstimmung zwischen Parlamentarier und Stimmbürger

3.2.2 Wie wird die Übereinstimmung der Parlamentarier mit dem Benutzer berechnet?

Der Parlameter misst Übereinstimmungen von Parlamentariern mit Abstimmungsverhalten der Benutzer. Im Modus *Ich* werden alle Abstimmungsfragen berücksichtigt, die der Benutzer mit ja oder nein beantwortet hat. Die Berechnung geschieht für einzelne Parlamentarier entsprechend Abbildung 3.1 und für mehrere Parlamentarier entsprechend Abbildung 3.2.

3.2.3 Wie wird die Übereinstimmung der Parlamentarier mit unterschiedlichen Wählergruppen berechnet?

Im Modus *Wir* (siehe Kapitel 3.2.4 für mehr zur Datengrundlage) wird die Übereinstimmung der Parlamentarier mit Wählergruppen untersucht, die nach Merkmalen wie Partei, Sprachregion, Einkommen, Geschlecht, Bildung oder Alter definiert sind. Als Parteianhänger gelten jene Stimmbürger, die in der Nachabstimmungsbefragung zur Auskunft gaben, der jeweiligen Partei am nächsten zu stehen. Es können unterschiedliche Stimmbürgergruppen definieren werden, wie beispielsweise alle Bürger, die bürgerliche Parteien wählen, oder alle Westschweizer mit hohem Einkommen. Bei der Stimmbürger-Gruppe wird stets Abstimmung für Abstimmung die Mehrheitsposition der Gruppe ermittelt und mit den Positionen der Parlamentarier und Parteien verglichen, wie in Abbildung 3.3 aufgezeigt.

Abbildung 3.3: Übereinstimmung für mehrere Stimmbürger

	Stimmbürger/Benutzer	Einzelner Parlamentarier	Übereinstimmung
Gelbe-Socken-Initiative			0 von 1
Gesetz für Gesetzlichkeit			1 von 1
Reform der Beständigkeit			0 von 1
Total			1/3 = 33 %

Legende

stimmt ja

stimmt nein

Übereinstimmung zwischen Parlamentarier und Stimmbürger

Keine Übereinstimmung zwischen Parlamentarier und Stimmbürger

3.2.4 Wie werden die Positionen der Stimmbürger im Modus *Wir* berechnet?

Für die Berechnung der Mehrheitsposition der ausgewählten Stimmbürger werden, soweit möglich, die amtlichen Abstimmungsergebnisse verwendet. Dies ist immer dann möglich, wenn sich der Benutzer für alle Stimmbürger eines oder mehrerer Kantone interessiert und keine Einschränkungen bezüglich Geschlecht, Alter, Parteizugehörigkeit, Einkommen oder Bildung der Stimmbürger vornimmt.

Aufgrund des Stimm- und Wahlgeheimnisses sind keine offiziellen Ergebnisse nach Geschlecht, Einkommen oder anderen Merkmalen verfügbar. Zur Ermittlung des Abstimmungsverhaltens nach diesen Merkmalen wird deshalb auf die Nachabstimmungsbefragungen zurückgegriffen. Bei den Nachabstimmungsbefragungen werden in den Tagen nach der Abstimmung rund 3000 repräsentativ ausgewählte Stimmberechtigte befragt. Aus allen Befragten werden diejenigen ausgewählt, die mit Ja oder Nein gestimmt haben und den Filtereinstellungen des Benutzers entsprechen. Je Volksabstimmung müssen mindestens 25 Beobachtungen vorliegen. Andernfalls wird die Abstimmung nicht berücksichtigt. Wie in allen Modi wird

zusätzlich vorausgesetzt, dass die Übereinstimmung der Stimmbürger mit einem Parlamentarier oder einer Partei auf wenigstens 10 Abstimmungen beruht. Wenn die Berechnung eine Auswertung von Nachabstimmungsbefragungen voraussetzt, basiert die Auswertung somit auf mindestens 250 Befragungsantworten. Führt der Benutzer eine Abfrage durch, die auf wenigen, aber ausreichend vielen Befragungsantworten basiert, werden Ergebnisse angezeigt und der Benutzer gleichzeitig auf die schwache Datenlage hingewiesen; bei zu wenigen Befragungsantworten werden keine Ergebnisse angezeigt.

3.2.5 Welcher Zeitraum und welche Parlamentarier wertet der Parlameter in den Modi *Ich* und *Wir* aus?

Berücksichtigt werden Volksabstimmungen, deren parlamentarische Schlussabstimmungen in den beiden Legislaturperioden 2019-2023 und 2023-2027 stattgefunden haben. Für die Legislaturperiode 2023-2027 fliessen alle Volksabstimmungen bis zum 9. Februar 2025 ein. Der Parlameter zeigt nur Auswertungen für einzelne Parlamentarier an, die zwischen 2023 und dem aktuellen Stichtag mindestens zehnmal abgestimmt haben. Auswertungen für Parteien werden für Parteien angezeigt, die in der Legislaturperiode 2023-2027 im Parlament vertreten sind. Diese Einschränkung dient der Übersichtlichkeit der Ergebnislisten, da sich die meisten Benutzer nicht für Parteien und Parlamentarier interessieren dürften, die längst aus dem Parlament ausgeschieden sind. Ausserdem liegen für vorzeitig ausgeschiedene Parlamentarier in der Regel zu wenige Abstimmungsergebnisse vor, sodass die Ergebnisboxen leer blieben.

3.2.6 Wann werden keine Ergebnisse angezeigt und wann werden Parlamentarier, Parteien und Abstimmungen nicht berücksichtigt?

Die Grundgesamtheit der Parlamentarier und Parteien, die abgebildet werden, ergibt sich wie in Kapitel 3.2.5 beschrieben. Es werden nur Gesamtübereinstimmungen (über alle Themenbereiche) angezeigt, wenn wenigstens 10 Abstimmungen zugrunde liegen. Für die Übereinstimmungen nach Themenbereichen werden wenigstens 4 Abstimmungen vorausgesetzt. Die Übereinstimmungen nach Themen werden aufgrund der geringen Beobachtungszahl nicht als Prozentzahlen, sondern graphisch dargestellt.

3.2.7 Welche Abstimmung wird welchem Politikbereich zugeordnet?

Die thematische Einteilung der Abstimmungen basiert auf der Einteilung von Swissvotes. Die Einteilung der Abstimmungen für den Zeitraum 2015-2023 kann der nachfolgenden Tabelle entnommen werden.

Tabelle 3.1: Abstimmungen und Politikbereiche

		Institutionelles	Landwirtschaft	Energie & Umwelt	Gesundheit und Soziales	Wirtschaft	Aussenpolitik	Sicherheitspolitik	Finanzen	Bildung und Kultur	Verkehr & Infrastruktur
6760	Einheitliche Finanzierung ambulanter und stationärer Leistungen (EFAS)				x				x		
6770	Umweltverantwortungsinitiative			x		x					
6710	Biodiversitäts-Initiative			x							
6370	Kriegsgeschäfte-Initiative	x				x		x			
6310	Begrenzungsinitiative				x		x				
6530	Gesetz über die Stempelabgaben					x			x		
6740	Bedingungen für Untermiete			x							
6600	AHV-Gesetz (AHV 21)				x						
6650	Initiative für eine 13. AHV-Rente				x						
6730	Ausbau des Autobahnnetzes			x							x
6690	Initiative Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit	x			x						
6610	Verrechnungssteuergesetz					x			x		
6660	Renteninitiative				x						
6580	Massentierhaltungsinitiative		x	x							
6450	Gesetz über polizeiliche Massnahmen gegen Terrorismus	x						x			
6400	Freihandelsabkommen mit Indonesien			x			x				
6630	Klimagesetz			x		x					
6410	Trinkwasserinitiative		x	x							
6670	Prämien-Entlastungs-Initiative				x						
6350	Beschaffung neuer Kampfflugzeuge							x	x		
6460	99%-Initiative				x				x		

Tabelle 3.1: Abstimmungen und Politikbereiche (Fortsetzung)

		Institutionelles	Landwirtschaft	Energie & Umwelt	Gesundheit und Soziales	Wirtschaft	Aussenpolitik	Sicherheitspolitik	Finanzen	Bildung und Kultur	Verkehr & Infrastruktur
6380	Initiative für ein Verhüllungsverbot	x								x	
6560	Widerspruchsregelung bei der Organspende	x			x						
6750	Kündigung wegen Eigenbedarfs (Mietrecht)			x							
6470	Ehe für alle	x			x						
6680	Initiative für eine Kostenbremse im Gesundheitswesen				x						
6360	Konzernverantwortungsinitiativ	x		x		x					
6520	Initiative Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung				x	x					
6570	Beteiligung an der europäischen Grenz- und Küstenwache Frontex				x		x				
6720	Reform der beruflichen Vorsorge				x						
6500	Änderung des Covid-19-Gesetzes (2. Revision)	x			x	x					
6420	Pestizidinitiative		x	x							
6490	Justizinitiative	x									
6700	Stromgesetz (Mantelerlass Energie)			x							
6620	OECD-Mindeststeuer für Unternehmen					x			x		
6480	Pflegeinitiative				x	x					
6540	Medienpaket					x				x	
6550	Änderung des Filmgesetzes					x				x	

Tabelle 3.1: Abstimmungen und Politikbereiche (Fortsetzung)

		Institutionelles	Landwirtschaft	Energie & Umwelt	Gesundheit und Soziales	Wirtschaft	Aussenpolitik	Sicherheitspolitik	Finanzen	Bildung und Kultur	Verkehr & Infrastruktur
6590	Erhöhung der Mehrwertsteuer zugunsten der AHV				x				x		
6430	Covid-19-Gesetz	x			x	x					
6440	CO2-Gesetz			x					x		
6510	Initiative für ein Verbot von Tier- und Menschenversuchen				x					x	
6640	Änderung des Covid-19-Gesetzes (5. Revision)	x			x						

Die 12 Hauptkategorien von Swissvotes wurden zu 8 Kategorien zusammengefasst, wie in Tabelle 3.2 aufgeführt.

3.2.8 Wie wurde die Reihenfolge der Abstimmungen im Modus *ich* ausgewählt?

Die Abstimmungen wurden mit Hilfe einer Faktorenanalyse sortiert. Viele Abstimmungsthemen sind sich ähnlich. Parlamentsmitglieder, die bei einer Abstimmung mit Ja gestimmt haben, haben mit hoher Wahrscheinlichkeit auch bei einer ähnlichen Abstimmung mit Ja gestimmt. Die Faktorenanalyse ermöglicht es, Abstimmungen mit unterschiedlichen Abstimmungsmustern zu identifizieren. Damit soll sichergestellt werden, dass auch bei der Beantwortung weniger Abstimmungsfragen durch den Benutzer ein breit abgestütztes Profil entsteht, das verschiedene Politikbereiche abdeckt.

Tabelle 3.2: Zuordnung der Politikbereiche von Swissvotes

Parlameter	Swissvotes
Institutionelles	1 Staatsordnung
Aussenpolitik	2 Aussenpolitik
Sicherheitspolitik	3 Sicherheitspolitik
Wirtschaft	4 Wirtschaft
Landwirtschaft	5 Landwirtschaft
Finanzen	6 Öffentliche Finanzen
Energie & Umwelt	7 Energie
Verkehr & Infrastruktur	8 Verkehr und Infrastruktur
Energie & Umwelt	9 Umwelt und Lebensraum
Gesundheit und Soziales	10 Sozialpolitik
Bildung und Kultur	11 Bildung und Forschung
	12 Kultur, Religion, Medien

4 Was sagen die Übereinstimmung zwischen Parlamentariern, Parteien und Wählern aus?

Eine tiefe Übereinstimmung ist nicht per se schlecht, denn dafür gibt es zahlreiche Gründe. Zu den wichtigsten gehört das Verständnis von politischer Repräsentation und die Rolle, welche dem einzelnen Politiker aufgrund des Wahlsystems zukommt.

Nationalräte werden im Proporz-Verfahren gewählt (Vatter 2020). Das heisst, die Nationalratssitze eines Kantons werden nach Stimmenstärke auf die Parteien verteilt. Die Nationalräte orientieren sich in ihrer Politik oft an der Haltung ihrer Partei und ihrer Wähler. Allerdings gibt es für Nationalräte keine Pflicht, entsprechend einer Parteilinie zu stimmen. Ganz im Gegenteil. Die Bundesverfassung sagt in Artikel 161 ausdrücklich, dass die Mitglieder der Bundesversammlung *ohne Weisungen* stimmen.

In den meisten Kantonen werden die Ständeräte im Majorz-Verfahren gewählt. Für eine erfolgreiche Wahl in den Rat braucht es wenigstens eine relative Stimmenmehrheit im Kanton. Ständeräte berücksichtigen daher öfters alle Wähler aus ihrem Kanton und nicht nur die Interessen der eigenen Partei. Auch für die Ständeräte gilt, dass sie frei abstimmen.

Die Gegenüberstellung der beiden Ratskammern und Wahlsysteme zeigt: Das Parlament wurde absichtlich so konzipiert, dass Parlamentarier gewählt werden, die unterschiedliche politische Ansichten vertreten. Schon deshalb gibt es nicht den einen richtigen Massstab, an dem Parlamentarier gemessen werden können.

In der Politikwissenschaft existieren unterschiedliche Konzepte von politischer Repräsentation (Weissberg 1978; Pitkin 1967; Golder und Stramski 2010). Versteht man das Parlament als einfaches Sprachrohr der Bürger, ist eine möglichst hohe Übereinstimmung zwischen den Bürgern und den Parlamentariern wünschenswert. Eine Abweichung der Parlamentarier von den Stimmbürgern kann nach diesem Politikverständnis drei Gründe haben. Erstens kann sich zwischen dem Zeitpunkt der Parlaments- und der Volksabstimmung die Faktenlage zu einem politischen Geschäft ändern. Beispielsweise kann sich die wirtschaftliche Lage oder die internationale Politik verändern. Zweitens könnten Parlamentarier den Willen der Bürger falsch eingeschätzt haben. Drittens hatten einzelne Parlamentarier vielleicht nicht vor, sich nach den Bürgern zu richten. Sie hatten bei einer beabsichtigten Gesetzesänderung aber möglicherweise nicht mit dem Zustandekommen eines fakultativen Referendums gerechnet.

Man kann Parlamentarier allerdings auch als *Treuhänder der Bürger* auffassen. Demnach setzen sie sich mit politischen Themen auseinander, zu denen die Bürger selbst (noch) gar kein vertieftes Wissen und keine klare Meinung haben und vielleicht auch nicht brauchen. Nach diesem Politikverständnis gibt es einen vierten Grund für Abweichungen von Entscheidungen der Parlamentarier vom Wählerwillen: Parlamentarier handeln im Interesse der Bürger, ohne dass diese es wissen. Sie weichen vom Abstimmungsverhalten der Stimmbürger ab, weil sie gut informiert sind, etwa weil sie glauben, im Gegensatz zum Stimmbürger die langfristigen Konsequenzen der Politik zu kennen. Vielleicht verstehen sich Politiker auch im Sinne eines Gegenpols zu anderen politischen Kräften oder als Impulsgeber, welche die Politik mit neuen innovativen Ideen bereichern.

Die Ausführungen verdeutlichen, dass eine tiefe Übereinstimmung zwischen einzelnen Parlamentariern und Parteilinien sowie Wählergruppen nicht zwangsläufig Ausdruck von ungebührlichem Verhalten ist. Daher bewertet der Parlameter das Verhalten der Parlamentarier nicht.

5 Werden die Methodik und Daten auch in der Forschung eingesetzt?

Die Methodik und Daten des Parlameter werden zur Untersuchung der unterschiedlichsten Determinanten der Bürgernähe von Parlamentsmitgliedern eingesetzt.

Eine ausführliche Erläuterung der Methodik und mehrere Anwendungen bietet die folgende Monografie.

- Portmann, M. (2014). Parliamentary Representation of Citizens' Preferences. Explaining the Differences between Parliamentarians' Votes and Popular Referendum Results (Neue Studien zur politischen Ökonomie, Band 15, 1. Aufl). Baden-Baden: Nomos.

Eine erste Analyse mit verwandter Methodik wurde von Hermann und Leuthold vorgenommen.

- Hermann, M. & Leuthold, H. (2007). Zwischen Konsens und Polarisierung: Volksabstimmungen und Parlamentsentscheide im direkten Vergleich. In M. Freitag & U. Wagschal (Hrsg.), Direkte Demokratie: Bestandsaufnahmen und Wirkungen im internationalen Vergleich (S. 277–302). Münster: LIT Verlag.

Zahlreiche Beiträge beschäftigen sich mit dem Einfluss von Wahlsystemen auf die politische Kongruenz zwischen Parlamentariern und Bürgern.

- Carey, J. M. & Hix, S. (2013). District Magnitude and Representation of the Majority's Preferences: a Comment and Reinterpretation. Public Choice, 154(1-2), 139–148.
- Portmann, M., Stadelmann, D. & Eichenberger, R. (2012). District Magnitude and Representation of the Majority's Preferences: Evidence from Popular and Parliamentary Votes. Public Choice, 151(3-4), 585–610.
- Portmann, M., Stadelmann, D. & Eichenberger, R. (2013). District Magnitude and Representation of the Majority's Preferences - a Reply and new Perspectives. Public Choice, 154(1-2), 149–151.
- Stadelmann, D., Portmann, M. & Eichenberger, R. (2014). The Law of Large Districts: How District Magnitude affects the Quality of Political Representation. European Journal of Political Economy, 35, 128–140.

- Stadelmann, D., Torrens, G. & Portmann, M. (2020). Mapping the Theory of Political Representation to the Empirics: An Investigation for Proportional and Majoritarian Rules. Journal of Comparative Economics, 48(3), 548–560.

Mit der Methodik des Parlameters wurde ebenfalls der Einfluss von Interessenbindungen auf die politische Kongruenz zwischen Parlamentariern und Bürgern untersucht.

- Barceló, J. (2017). The Clarity of the Majority's Preference Moderates the Influence of Lobbying on Representation. Party Politics, 16(4).
- Giger, N. & Klüver, H. (2016). Voting Against Your Constituents? How Lobbying Affects Representation. American Journal of Political Science, 60(1), 190–205.
- Stadelmann, D., Portmann, M. & Eichenberger, R. (201
- 6). How Lobbying Affects Representation: Results for Majority-Elected Politicians. B.E. Journal of Economic Analysis & Policy, 16(4), 54.

Die folgenden Beiträge untersuchen den Einfluss von Parteien, das Rollenverständnis von Politikern und die Wirkung von Parlamentsmitgliedern auf Wähler.

- Önder, A. S., Portmann, M. & Stadelmann, D. (2018). No Place like Home: Opinion Formation with Homophily and Implications for Policy Decisions. The Journal of Mathematical Sociology, 42(2), 47–76.
- Portmann, M., Stadelmann, D. & Eichenberger, R. (2022). Incentives Dominate Selection – Chamber-Changing Legislators are Driven by Electoral Rules and Voter Preferences. Journal of Economic Behavior & Organization, 193, 353–366.
- Stadelmann, D., Portmann, M. & Eichenberger, R. (2016). Preference Representation and the Influence of Political Parties in Majoritarian vs. Proportional Systems. An Empirical Test. British Journal of Political Science, 5, 1–24.

Zahlreiche weitere Determinanten, welche für die Vertretung von Bürgerpräferenzen (k)eine Rolle spielen, vom Einkommen über Transparenzregeln bis hin zur Geschlechterdifferenz, werden in den folgenden Beiträgen untersucht.

- Brunner, E., Ross, S. L., & Washington, E. (2013). Does Less Income Mean Less Representation? American Economic Journal: Economic Policy, 5(2), 53–76.
- Portmann, M. & Stadelmann, D. (2017). Testing the Median Voter Model and Moving Beyond its Limits. Do Personal Characteristics Explain Legislative Shirking? Social Science Quarterly, 21(4), 805.
- Stadelmann, D., Portmann, M. & Eichenberger, R. (2014). Full Transparency of Politicians' Actions Does Not Increase the Quality of Political Representation. Journal of Experimental Political Science, 1(1), 16–23.
- Stadelmann, D., Portmann, M. & Eichenberger, R. (2014). Politicians and Preferences of the Voter Majority: Does Gender Matter? Economics & Politics, 26(3), 355–379.
- Stadelmann, D., Portmann, M. & Eichenberger, R. (2015). Income and policy choices. Evidence from Parliamentary Decisions and Referenda. Economics Letters, 135, 117–120.

- Stadelmann, D., Portmann, M. & Eichenberger, R. (2015). Military Careers of Politicians Matter for National Security Policy. Journal of Economic Behavior & Organization, 116, 142–156.
- Torgler, B., Stadelmann, D. & Portmann, M. (2020). Church Voting Recommendations, Voter Preferences, and Political Decisions. Journal for the Scientific Study of Religion, 59(3), 455–475.

Mit Blick auf das Stimmverhalten mit der Parteilinie ist insbesondere das folgende Dissertationsprojekt hervorzuheben.

- Schwarz, D. (2009). Zwischen Fraktionszwang und freiem Mandat. Eine Untersuchung des fraktionsabweichenden Stimmverhaltens im schweizerischen Nationalrat zwischen 1996 und 2005. Dissertation am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

6 Datenquellen

Parlamentsabstimmungen: Die Schlussabstimmungen der National- und Ständeräte stützen sich auf die veröffentlichten Ergebnisse auf der Webseite des Parlaments. Diese wurden teilweise maschinell abgerufen. Für die Ständeratsabstimmungen vor der Einführung des elektronischen Abstimmungssystems wurden die Videoaufnahmen auf der Parlamentswebseite ausgewertet. Einige wenige Schlussabstimmungsresultate des Nationalrats wurden von Daniel Schwarz und Tobias Hohl in digitalisierter und aufbereiteter Form zur Verfügung gestellt.

Ergebnisse der Volksabstimmungen: Die amtlichen Ergebnisse stammen vom Bundesamt für Statistik.

Nachabstimmungsbefragungen: Zur Berechnung des Abstimmungsverhaltens nach Alter, Bildungsstand, Einkommen, Geschlecht und politischer Selbstzuordnung werden die VOTO-Umfragen des Zentrums für Demokratie Aarau und des Meinungsforschungsinstituts Link und die VOX-Umfragen des gfs.bern eingesetzt. Die Stimmentscheide auf nationaler Ebene werden seit 1977 im Auftrag des Bundesrates mittels Nachabstimmungsbefragungen untersucht. Ein besonderer Dank geht an die Bundeskanzlei, die als Datenherr die Weitergabe der Daten in anonymisierter Form an das IWP gestattet hat, und an das gfs.bern, das die Erhebung durchführt und uns bei der Datenbeschaffung unterstützt hat.

Hintergrundinformationen zu Volksabstimmung: Basisinformationen zu den Volksabstimmungen stammen von Swissvotes. Bei Swissvotes handelt es sich um eine Online-Datenbank von Année Politique Suisse am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern. Die Zusammenfassungen der Ziele der Volksabstimmungen stammen von easyvote. Easyvote wird betrieben vom Dachverband Schweizer Jugendparlamente. Die Website soll die politische Partizipation von jungen Menschen stärken, indem Informationen zu Abstimmungen, Wahlen und politisches Grundlagenwissen einfach verständlich und politisch neutral bereitgestellt werden.

Datenabfragen: Für unterschiedliche Datenabfragen wurde das R-Package swissdd eingesetzt.

Wir danken den genannten Forschern, Politikbegeisterten, Verbänden, Instituten und Ämtern, die mit ihrer Arbeit zum Parlameter beigetragen haben. Die Verantwortung für die Verwendung der Daten im Rahmen des Parlameters und die Richtigkeit der Auswertungen liegt allein beim IWP.

Literaturverzeichnis

Benesch, Christine, Monika Bütler und Katharina E. Hofer. 2018. Transparency in parliamentary voting. *Journal of Public Economics* 163: 60–76. doi:10.1016/j.jpubeco.2018.04.005.

Cronin, Thomas E. 1989. *Direct Democracy: The Politics of Initiative, Referendum, and Recall*. Cambridge: Harvard University Press.

Frey, Bruno S. 1994. Direct Democracy: politico-economic Lessons from Swiss Experience. *American Economic Review* 84, Nr. 2: 338–342. http://www.jstor.org/stable/2117855.

Gerber, Elisabeth R. 1996. Legislative Response to the Threat of Popular Initiatives. *American Journal of Political Science* 40, Nr. 1: 99–128. http://www.jstor.org/stable/2111696.

Golder, Matt und Jacek Stramski. 2010. Ideological Congruence and electoral Institutions. *American Journal of Political Science* 54, Nr. 1: 90–106.

Krehbiel, Keith. 1993. Constituency characteristics and legislative preferences. *Public Choice* 76, Nr. 1: 21–37. doi:10.1007/BF01049341.

Matsusaka, John G. 1992. Economics of direct Legislation. *Quarterly Journal of Economics* 107, Nr. 2: 541–571. http://ideas.repec.org/a/tpr/qjecon/v107y1992i2p541-71.html.

Pitkin, Hanna Fenichel. 1967. *The concept of representation*. [Nachdr.]. Berkeley: University of California Press.

Portmann, Marco. 2014. *Parliamentary Representation of Citizens' Preferences: Explaining the Differences between Parliamentarians' Votes and Popular Referendum Results*. 1. Aufl. Bd. Band 15. Neue Studien zur politischen Ökonomie. Baden-Baden: Nomos.

Portmann, Marco, David Stadelmann und Reiner Eichenberger. 2012. District Magnitude and Representation of the Majority's Preferences: Evidence from Popular and Parliamentary Votes. *Public Choice* 151, Nr. 3-4: 585–610. doi:10.1007/s11127-010-9760-0.

Schneider, Friedrich G., Werner W. Pommerehne und Bruno S. Frey. 1981. Politico-Economic Interdependendence in a direct Democracy: the case of Switzerland. In: *Contemporary Political Economy*, hg. von Douglas A. Hibbs und Heino Fassbender, 231–248. Amsterdam: North Holland.

Vatter, Adrian. 2020. *Das politische System der Schweiz*. 4., vollständig aktualisierte Auflage. Studienkurs Politikwissenschaft. Baden-Baden: Nomos.

Weissberg, Robert. 1978. Collective vs. dyadic representation in Congress. *American Political Science Review* 72, Nr. 2: 535–547. doi:10.2307/1954109 http://www.jstor.org/stable/1954109.